

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 20

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. In Chile fällt jetzt die Entscheidung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092627>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

In Chile fällt jetzt die Entscheidung

Von unserem Interimskorrespondenten aus Montevideo

Geht Chile den Weg zur totalitären Volksdemokratie? Eine erste Entscheidung darüber fällt am 24. Oktober.

Bei den am 4. September abgehaltenen Wahlen in Chile erhielt der Kandidat der linken Volksfront nur 36,3 Prozent der Stimmen, kaum mehr als seine Rivalen, der Christdemokrat Tomic und der unabhängige Alessandri. Dies wird nun als ein grosser Triumph der linken Koalition zwischen Kommunisten, ultra-linken Sozialisten, ultra-linken, abgesplitterten Christdemokraten (MAPU) und einigen anderen Grüppchen angesehen. Es wäre zur Stimmverteilung jedoch einiges zu bemerken:

Volksfront-Prozentstimmen gingen zurück . . .

Als die linke Koalition FRAP im Jahre 1964 nur aus Kommunisten und Sozialisten bestand, erhielt sie 39 Prozent der Stimmen. Nach sechs Jahren und trotz dem Zuwachs von einigen anderen Gruppen musste die Linke prozentuell eine Verminderung der Stimmen erleiden. Man könnte sich nach den Ursachen der Tatsache fragen, dass Allende trotzdem (wenn das Parlament ihn am 24. Oktober wählt) Präsident von Chile wird. Offensichtlich beruht dies darauf, dass es bei den letzten Wahlen drei anstatt wie 1964 nur zwei Präsidentschaftskandidaten gab, aber gerade dieser Umstand ist auf den immer stärker werdenden Linksrutsch der Christdemokraten in der letzten Zeit zurückzuführen. Diese linke Tendenz war nicht ausgeprägt genug, um die Abspaltung der MAPU genannten Gruppe zu verhindern, aber doch stark genug, um die Bil-

dung einer bedeutenden Gruppe von Liberalen unter der Führung des früheren Präsidenten Alessandri zu fördern.

Der Schluss liegt daher nahe, dass, wenn die regierende Christdemokratische Partei sich entschlossener nichtkommunistisch und weniger linksliberal gezeigt hätte, auch die sogenannten «rechtsgerichteten Reaktionäre» wie 1964 für die christliche Partei gestimmt hätten und dieser wieder einen Wahlsieg mit 55 oder 60 Prozent der Stimmen gebracht hätte.

. . . aber die Alternative fehlte

Aber es ist müssig darüber nachzudenken, was hätte sein können. Viel interessanter ist die Spekulation, was sein wird. Am 24. Oktober trifft das chilenische Parlament zusammen, um unter den beiden meistgewählten Kandidaten (Allende und Alessandri) den Präsidenten zu wählen.

Alessandri hat inzwischen bekanntgegeben, dass er eine allfällige Wahl nicht annehmen wird. Somit wäre eine Möglichkeit zur Neuansetzung der Wahlen gegeben.

Auf den ersten Blick erscheint es ziemlich sicher, dass die Christdemokraten, auf deren Stimmen es natürlich ankommt, den Volksfront-Vertreter wählen werden. Es ist jedoch suggestiv, dass Allende, der sich schon jetzt gebärdet, als sei seine Wahl eine sichere Sache, nicht nur der Verstaatlichung sämtlicher «imperialistischer» und «oligarchischer» Unternehmen, die Aufnahme von

Beziehungen zu Kuba, Rotchina, Nordvietnam, Nordkorea und Ostdeutschland und die völlige Umänderung der chilenischen Verfassung, sondern auch die Abschaffung des Parlaments und die Schaffung anstatt dessen von einer sogenannten «Volksversammlung» («asamblea popular»), also einer Art Sowjet, angekündigt hat. Werden nun die christdemokratischen Parlamentarier, die im allgemeinen Berufspolitiker sind, dafür stimmen, dass man ihr Gewerbe abschafft und sich damit praktisch auf die Strasse setzen? Es scheint nicht logisch, ist aber gewiss nicht unwahrscheinlich. Allende ist bereit, gewisse Konzessionen zu machen, aber man muss sich fragen, was er einem Berufspolitiker anzubieten hat, dessen Posten er abzuschaffen gedenkt.

Kann die Zukunft mit Allende demokratisch und freiheitlich sein?

Sollte Allende jedoch wirklich am 4. November die Staatsgewalt übernehmen, so ergeben sich zwei Möglichkeiten:

Erstens: Die Sowjetunion nutzt die für Moskau günstige Konjunktur aus und baut die lange Küste Chiles als Marinestützpunkt für ihre Südpazifik-, aber auch Südatlantikflotte und als Relaisstation für ihre Antarktisbasen aus. Ausserdem könnte auf chilenischem Territorium eine riesige Subversionszentrale aufgebaut werden, mit Schwerpunkt ganz Südamerika. Unmittelbare Angriffsobjekte wären: Argentinien, Bolivien, Paraguay, Brasilien und Uruguay.

Zweitens: Moskau beschränkt sich auf eine Erweiterung der üblichen Propaganda- und Subversionstätigkeit, legt sich jedoch in Anbetracht seiner weltweiten militärischen und wirtschaftlichen Engagements im Nahen und Fernen Osten sowie Afrika ökonomisch nicht fest, wie beispielsweise in Kuba. Damit würde sich der Kreml nicht nur einer Belastung entziehen, die er in Anbetracht seiner heutigen Situation gar nicht verantworten könnte, sondern er würde auch mit nordamerikanischen und westdeutschen Interessen nicht kollidieren: ein derartiger Zusammenprall wäre im Augenblick kaum von Nutzen für die Russen.

Sollte die zweite Möglichkeit sich verwirklichen, so würde Chile ein sozialistisches Experiment ohne die entscheidende Mitwirkung von aussen mitmachen, was unweigerlich zu einem totalen Chaos führen würde. Denn alle sozialen Errungenschaften, so karg sie auch ausgefallen sein mögen, wurden von der Regierung Frei unter dem Slogan «Revolution in Freiheit» vorgenommen.

Der nichtpraktizierende Arzt und Millionär Allende wird vermutlich eine Revolution ohne Freiheit durchführen wollen. Mit der Enteignung von Privatindustrien und Landwirtschaftsunternehmen wird er kaum mehr als die Gebäude der betreffenden Fabriken und die Häuser der Grossgrundbesitzer treffen. Dass man weder Industrie noch Landwirtschaft ausschliesslich als Objekte zur Unterbringung von ungelerten Arbeitslosen benutzen kann, wird der Mediziner genau so erfahren wie seine Kollegen in Bolivien, die 1952 eine Revolution unter ähnlichen Gesichtspunkten vornahmen.

Inzwischen stehen Tausende von Chilenen Schlange, um sich die nötigen Papiere zu verschaffen, um auszuwandern, während andere vorläufig zumindest ihre Ersparnisse in Sicherheit zu bringen trachten. ■

Die kommende Freiheit in Chile

Allende wird «vermutlich eine Revolution ohne Freiheit» durchführen, schreibt unser Interimskorrespondent. Es gibt Indizien, welche diese Vermutung stützen. Sie betreffen die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung in Presse, Radio und TV. Allendes wahrscheinlich massgebenden Verbündeten in der Volksfront gehen nämlich jetzt schon daran, diese ärgerliche Errungenschaft der bourgeoisien Demokratie abzuschaffen:

● **Kommunistisch geführte Aktionsgruppen sind mit dem Auftrag gegründet worden, die Kontrolle über die Massenmedien zu übernehmen. Stimmen, die im Gegensatz zu Allende stehen, werden bereits mit Mitteln der Gewalt unterdrückt.**

● **Parlamentsabgeordnete, die möglicherweise gegen Allende stimmen könnten, haben Drohungen für diesen Fall erhalten (Ermordung, Entführung). Die Freiheit der Stimmabgabe am 24. Oktober ist somit jetzt schon in Frage gestellt.**

● **Die Forderung ist erhoben worden, alle Massenmedien der «Arbeiterkontrolle» zu unterstellen. Mitglieder der Union Popular (Volksfront), die in der Information tätig sind, beanspruchen führende Stellen, vor allem die Leitung der Informationsabteilungen.**

● **Laut «La Nacion» vom 15. September hat die Gewerkschaft der Radioangestellten gegen die zunehmende Terrorisierung und Zensur protestiert, vor allem auch gegen die Entlassung von Journalisten und Redaktoren aus politischen Gründen. Die Entlassungen betreffen natürlich alles Leute, die in Opposition zu Allende stehen.**

● **Kurz vor der Wahl ist im Journalistischen Institut der katholischen Universität von Santiago die Entlassung von allen Dozenten durchgesetzt worden, die mit nicht-marxistischen Zeitungen arbeiteten.**

So sehen die Vorzeichen zum «demokratischen Sozialismus» aus, von dessen Einführung in Chile sich die westliche öffentliche Meinung so viel verspricht.